

/// Eine Partei ohne Seismograph und Kompass

## DIE SPD ZWEI JAHRE VOR DER BUNDESTAGSWAHL

**HARALD BERGSDORF** /// Trotz ihrer starken Stellung in den Ländern befindet sich die SPD auf Bundesebene in einer schwierigen Lage. Unter anderem mangelt es ihr an Gespür für die Sorgen der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen und an kampagnefähigem Personal. Nur mit der Linken könnte sie das Kanzleramt erobern. Eine solche Perspektive könnte SPD-Wähler aus der politischen Mitte verschrecken.

### Partei: SPD zwischen Erfolgen und Niederlagen

Momentan bietet die SPD ein ambivalentes Bild: Einerseits feiert sie fast serienmäßige Erfolge. So agiert sie zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl in 14 Landesregierungen (außer Hessen und Bayern). In neun Ländern stellt sie mittlerweile den Regierungschef. In den einwohnerstärksten Städten amtieren inzwischen ausschließlich Oberbürger-

3. Platz ins Ziel – eine Demütigung für eine Volkspartei. In ihren Hochburgen Hamburg und Bremen verlor sie als Regierungspartei zuletzt massiv an Stimmen. In zwei Bundesländern dient sie derzeit sogar unter einem Ministerpräsidenten der Grünen (Baden-Württemberg) bzw. der Linken (Thüringen). Auf Bundesebene verharret sie seit der Bundestagswahl 2013 stabil bei 25 % und ist von ihrer rot-grünen Wunschkoalition demoskopisch weit entfernt. Das zeigen alle aktuellen Umfragen aller relevanten Institute. Wie in Zement gegossen, verharren die Sozialdemokraten bei einer Zustimmung von einem Viertel der Wähler. Daher fragte Torsten Albig (SPD), Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, ob es sinnvoll sei, bei der kommenden Bundestagswahl überhaupt einen SPD-Kanzlerkandidaten aufzustellen. Damit erntete er viel Kritik aus der SPD und lenkt ab von grundsätzlichen Problemen der SPD.

### Die Sozialdemokraten **SCHWANKEN** derzeit zwischen Erfolg und Niederlagen.

meister aus der SPD – durch die jüngste CDU-Schlappe in Dresden avancierte Wuppertal zur einwohnerstärksten Stadt Deutschlands mit einem christdemokratischen Oberbürgermeister.

Andererseits gelangte sie bei den jüngsten Landtagswahlen etwa in Sachsen oder Thüringen nur auf dem



Quelle: © 2015 Bloomberg Finance/Getty Images

### Der nächste Kanzler? Sigmar Gabriel, seit 2009 Parteivorsitzender der SPD, im Deutschen Bundestag

Ihre Distanz zu den Sorgen und Nöten von Normalbürgern gehört zu den Hauptgründen, warum die SPD zunehmend ihren Status als Volkspartei verliert. Gerade in den sozialen Souterrains der Gesellschaft findet die SPD immer weniger statt, insbesondere seit Lafontaines Rückzug. Das wütende Prekariat entfernt sich verstärkt von der Partei. So errang die Linke bei der Bundestagswahl 2013 fast genauso viel Zustimmung bei Arbeitslosen wie die SPD, die insgesamt freilich fast dreimal so viele Stimmen einfuhr wie die Partei Gregor Gysis (25,7 % gegenüber 8,6 %).<sup>1</sup> Bei Hauptschülern (46 % zu 30 %) und Absolventen einer mittleren Reife (43 % zu 25 %) landeten CDU / CSU weit vor der SPD.<sup>2</sup> Seit der Schröder-Zeit schrumpft in Umfragen zugleich ihre Wirtschaftskompetenz, die für eine Volkspartei ebenso mitentscheidend für Wahlerfolge ist wie eine realistische Kanzlerperspektive. Bei der Bundestags-

wahl 2013 deklassierten CDU / CSU die SPD gerade auch in der wahrgenommenen Wirtschaftskompetenz (47 % zu 17%). Ebenfalls hielten wesentlich mehr Bürger die Unionsparteien (40 %) als die SPD (22 %) für kompetent, ein günstiges Beschäftigungsklima zu schaffen.<sup>3</sup>

Die Probleme der SPD häufen sich – höher als bei anderen Parteien. Seit 1998 hat die SPD auf Bundesebene 10 Millionen ihrer zuvor 20 Millionen Wähler verloren. In den letzten 25 Jahren hat sie fast die Hälfte ihrer Mitglieder eingebüßt. Inzwischen sucht sie Landratskandidaten per Zeitungsannonce. Mit Gabriel amtiert derzeit bereits der neunte SPD-Chef seit 1990. Zunehmend mutiert die SPD zu einer introvertierten Gruppierung und selbstreferenziellen Vereinigung. Das zeigt ihre sinkende Präsenz und Aktivität im vorpolitischen Raum, zum Beispiel in Feuerwehren und Sportvereinen. Mehr als andere Parteien leidet sie unter

schrumpfenden Milieus, die auch in schwierigen Zeiten Loyalität sichern. Viele SPD-Anhänger können kaum noch erkennen und erklären, wofür ihre Partei steht. Immer mehr entwickelt sich die SPD zu einer Partei ohne Seismograph und Kompass in bewegten Zeiten. Das erkennt die große Mehrzahl der Wähler, die pragmatische Prinzipientreue ebenso bevorzugt wie Beweglichkeit statt Beliebigkeit und Flexibilität statt Rechthaberei nach veränderten Bedingungen.

Eine starke Parteiführung, die den Laden zusammenhalten würde, fehlt, im krassen Kontrast zur kurzen „Ära“ Schröder und Lafontaine, die ihre Partei ab 1997 disziplinierten und auf Regierungskurs trimmten. Heute ist sie hingegen tief gespalten und damit oft politisch kaum sprechfähig – graue Konformität und Dissonanzen statt Einheit in Vielfalt. Wie zerrissen, zersplittert und zerfasert die SPD ist, zeigt allein die aktuelle Debatte über die Vorratsdatenspeicherung. Die Abstimmung darüber im Juni 2015 gewann Parteichef Gabriel nur knapp. Seit langer Zeit bekämpfen die SPD-Flügel einander eher, statt sich programmatisch konstruktiv zu ergänzen, wie es sich für eine Volkspartei gehört. Damit ist die SPD weit entfernt von Standfestigkeit nach innerparteilich mühsam errungenen Kompromissen, ebenso von Aufbruch, Dynamik und Tatkraft. Nur selten gelingt es ihr, die politische Agenda zu bestimmen. Von politischer Deutungshoheit und Meinungsführung hat sie sich weitgehend verabschiedet. Vielfach unterschätzt oder ignoriert sie wichtige Probleme.

### **Politik / Programmatik: Unterschätzte oder ignorierte Probleme**

Das gilt erstens für das Topthema Ausländerintegration. Immerhin 53 % der Befragten erklären laut Untersuchungen

## **Die SPD VERLIERT an Einfluss und Schlagkraft.**

des Instituts für Demoskopie Allensbach, sie hätten sich in letzter Zeit öfters über die Zuwanderung nach Deutschland unterhalten.<sup>4</sup> Damit liegt dieses Thema zumindest in der ersten Jahreshälfte 2015 noch vor der Lage in Griechenland (47 %) und dem Ukraine Konflikt (37 %).<sup>5</sup> Daher warnt Renate Köcher: „Die Eindämmung des Flüchtlingsstromes ist das Thema, das uns in den nächsten [...] Jahren am meisten beschäftigen wird.“<sup>6</sup>

Tatsächlich steigt die Zahl der Asylbewerber derzeit massiv – auf voraussichtlich mindestens 800.000 Ende 2015. Das bereitet vielen Menschen in Deutschland erhebliche Sorgen. So sagen 65 %, sie fürchteten, „dass Europa den Flüchtlingsströmen nicht mehr gewachsen ist, wenn es so weitergeht.“<sup>7</sup> Bei aller Willkommenskultur in Worten und Werken, die in den letzten Jahren gestiegen ist: Lediglich 21 % der Befragten befürworteten laut Allensbach Vorschläge, mehr Asylbewerber in Deutschland aufzunehmen.<sup>8</sup> Dass Deutschland unterschiedslos alle Flüchtlinge in Europa aufnehmen und ihnen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewähren sollte, meinen gar nur 8 % der Befragten.<sup>9</sup>

Seit langer Zeit sind Integrationsprobleme in (langjährig) SPD-regierten Bundesländern oft besonders ausgeprägt, etwa hohe Arbeitslosigkeit von Migrant\*innen. Derzeit verweigert die SPD die Aufnahme weiterer Länder in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten, aus

denen ein Großteil der Asylbewerber kommt, obwohl es in ihrer Heimat keine staatliche Verfolgung gibt (Albanien, Kosovo und Montenegro). Dadurch wird es schwieriger, Asylverfahren von Bewerbern aus Albanien, dem Kosovo und Montenegro – bei minimalen Anerkennungsquoten – zu beschleunigen, Kosten für die Versorgung von Asylbewerbern zu senken, Schwierigkeiten bei der Unterbringung zu bekämpfen und Kommunen zu entlasten, die inzwischen verstärkt Asylbewerber etwa in Turnhallen unterbringen müssen.

Bislang unterstützen SPD-regierte Länder wie NRW ihre Kommunen in geringerem Maße als andere Länder finanziell bei der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Um das Asylrecht für wirklich Verfolgte zu sichern, gilt es daher, insbesondere Asylmissbrauch stärker zu bekämpfen. Aufgrund der Kriege und Krisen in vielen Teilen der Welt, etwa in Syrien, wird der Migrationsdruck auf Deutschland vorerst vermutlich hoch bleiben. Die Zahl der Abschiebungen ist in vielen SPD-regierten Ländern jedoch besonders gering. Das unterhöhlt das Asylrecht für wirklich Verfolgte.

Weil aber der Anteil schlecht integrierter Migranten unter Intensivtätern und Langzeitarbeitslosen hoch ist, muss eine freiheitliche Gesellschaft grundsätzlich über Notwendigkeit und Begrenzung von Zuwanderung, über Welt-offenheit und Aufnahmekapazitäten, über Willkommenskultur und Parallelgesellschaften, über Erfolge und Scheitern oder gar Verweigerung von Integration differenziert diskutieren, ohne jemals irgendeinen Generalverdacht damit zum Ausdruck bringen. Es geht darum, reale Probleme zu lösen oder lindern. Das fordern gerade auch geringer

Verdienende und integrierte Migranten. Deren Sorgen und Interessen gerade auch in der Zuwanderungspolitik zu berücksichtigen, gehört zu den Kernaufgaben der Volksparteien. Es geht darum, die Integration von Migranten sowohl zu fördern als auch zu fordern. Integration ist keine Einbahn-, sondern eine Zweibahnstraße. Sie ist sowohl ein Bring- als auch eine Holschuld.

Die große Mehrheit der friedlichen und fleißigen Migranten verdient Unterstützung, die kleine Minderheit der Kriminellen, Extremisten und Integrationsverweigerer verdient ebenso Gegenwehr wie schlecht integrierte Deutsche in und im Umfeld von NPD und dergl. Von massiven Integrationsproblemen profitiert in Deutschlands wichtigstem Nachbarland Frankreich zunehmend der „Front National“ (FN) unter Marine Le Pen, der immer mehr zur stärksten Ar-

### Die SPD-regierten Länder betreiben eine **PRO-ASYL** Politik.

beiterpartei mutiert. Bereits 2002 über-rundete der damalige FN-Chef, Jean-Marie Le Pen, bei der damaligen Präsi-dentschaftswahl im 1. Wahlgang den Kandidaten der Sozialisten, Lionel Jospin, der daher ausschied. Auch andere rechtsextreme und rechtspopulisti-sche Parteien punkten gerade auch bei den unteren Segmenten der Gesellschaft.

Zweitens bleibt der Kampf gegen Einbrüche, Diebstahl, Raub oder gar rohe Gewalt wichtig. Hohe Kriminalität ist vielenorts ein subjektives, aber auch ein objektives Problem. Im Kontrast dazu ist der viel diskutierte Terrorismus von Normalbürgern weit entfernt. Des-halb ist es bedeutsam, Bürger wirksam

vor Verbrechen zu schützen. Das gehört zu den Hauptaufgaben von freiheitlicher Politik. Hier gilt es, haushaltspolitische Prioritäten zu setzen. Denn vor allem im schwachen Staat erklingen Rufe nach einem „starken Mann“. Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit und kein grundsätzlicher Gegensatz zu ihr. Gerade Schwache wie Kinder, Frauen und Ältere leiden, wenn der Staat im Kampf gegen Kriminelle Schwäche zeigt. Die Geringverdiener sind besonders betroffen. Denn während der Konzernchef abends nach dem Theater mit dem Taxi nach Hause fahren kann, muss die Krankenschwester nach der Spätschicht den öffentlichen Nahverkehr nutzen oder zu Fuß bzw. mit dem Fahrrad unsichere Orte bzw. „Angsträume“ überwinden.

Gegen das Recht des Stärkeren gilt es deshalb, die Stärke des Rechts durchzusetzen. Doch verzeichnen (langjährig) SPD-regierte Länder in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) höhere Fallzahlen und niedrigere Aufklärungsquoten.<sup>10</sup> Seit längerer Zeit hält auch die Mehrheit der Wähler die SPD in Fragen der öffentlichen Sicherheit für wenig kompetent. Zum Beispiel nannten bei der sächsischen Landtagswahl 2014 nur 10 % der Wähler die SPD kompetent, Kriminalität erfolgreich zu bekämpfen (CDU: 33 %; Die Linke: 5 %).<sup>11</sup> Derzeit streitet die SPD über die Vorratsdatenspeicherung, die dazu beitragen könnte, schwere Straftaten wie Anschläge aufzuklären und damit neue Verbrechen zu verhindern. Im Unterschied zu vielen SPD-Funktionären fürchtet sich die Mehrzahl der Wahlberechtigten mehr vor Terror und Gewalt als vor einem angeblichen Überwachungsstaat.

Drittens: Unsozial sind auch jüngste Forderungen aus der SPD nach höheren

Schulden. Denn von höheren Schulden profitieren vor allem Banken und Reiche, bei denen sich der Staat Geld leiht. Je höher die Schulden, desto weniger Geld bleibt, um Bedürftige zu unterstützen und in Bildung zu investieren. Dennoch überweist zum Beispiel NRW pro Jahr fast vier Milliarden für den Schuldendienst an Banken. Wie viele Laptops für bedürftige Schüler und Stipendien für begabte Arbeiterkinder ließen sich damit finanzieren? Seit geraumer Zeit verzeichnen (langjährig) SPD-regierte Länder eine besonders hohe Pro-Kopf-Verschuldung und verschlechtern damit das Investitions- und Beschäftigungsklima zulasten gerade schwacher Einkommensgruppen.

Weitere Themen, mit denen die Partei Gabriels die Lebensweise von Millionen von Normalbürgern gering schätzt und grob missachtet, sind die Kritik an der Mütterrente und am Ehegattensplitting („Hausfrauenehe“). Von beitragsfreien Kitajahren profitieren Schlechtverdiener nicht, weil sie üblicherweise ohnehin freigestellt sind, Spitzenverdiener dagegen schon, obwohl sie es nicht brauchen. Kaum interessiert viele Geringverdiener auch das weit abgehobene SPD-Projekt einer Frauenquote in Aufsichtsräten. Von der Rente mit 63 profitieren hingegen überwiegend Männer mit langen Beitragszeiten.

Die „Ehe für alle“ tangiert und bewegt die Mehrheit der (SPD-)Wähler

Bei vielen Themen sind **SOZIAL- UND REALITÄTSFERNE** Ansätze zu erkennen.

ebenfalls nur wenig. In der Prioritäten-skala der meisten Wahlberechtigten rangiert sie ganz unten. So nennen lediglich 17 % der Befragten die Zulassung der gleichgeschlechtlichen Ehe ein besonders wichtiges Thema. Es rangiert damit an letzter Stelle, noch hinter komplexen und abstrakten Themen wie dem demographischen Wandel, aber auch dem geplanten Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, das offenbar eher SPD-Funktionäre interessiert als Normalbürger.<sup>12</sup> Das zumindest ambivalente Instrument der Mitpreisbremse eignet sich wiederum, Privatinvestitionen in den Wohnungsbau zu bremsen, damit Wohnraum zu verknappten und Mieten wieder zu erhöhen. Von Realitätsferne zeugt schließlich die desolante Bildungspolitik von (langjährig) SPD-regierten Ländern („PISA“), obwohl gerade Bildung sozialen Aufstieg fördert.

### **Personal: Gabriel wird Kanzlerkandidatur übernehmen müssen**

Doch die SPD vernachlässigt und ignoriert nicht nur wichtige Themen. Für einen Wahlerfolg auf Bundesebene mangelt es ihr auch an kampagnefähigem Personal. Nicht in Sicht scheint derzeit ein Vollblutpolitiker und Wahlkämpfer vom Format eines Gerhard Schröder, der sich einst kongenial mit Lafontaine ergänzte. Frank-Walter Steinmeier eringt in Umfragen zwar immer wieder herausragende Kompetenz- und Sympathiewerte, doch wie Peer Steinbrück hat er als Spitzenkandidat noch nie eine Wahl gewonnen und auch schon einmal gegen Angela Merkel verloren. Ein neuer Anlauf Steinmeiers als Kanzlerkandidat scheint daher nahezu ausgeschlossen.

Hannelore Kraft hat sich mit ihrer „Nie, nie Kanzlerkandidatin“-Äußerung vorerst selbst aus dem Rennen genom-

men, obwohl wahrscheinlich nur eine starke Frau Angela Merkel schlagen kann. Andrea Nahles wiederum ist momentan noch zu jung, um zu kandidieren. Aus Sicht der Bevölkerung und selbst aus der Perspektive vieler SPD-Genossen mangelt es ihr bislang massiv

### **Die SPD hat derzeit KEIN kanzlertaugliches Personal.**

an der erforderlichen Kompetenz für das Amt des Bundeskanzlers. Das muss aber nicht so bleiben. Derzeit führt sie in der Bundesregierung das Ressort mit dem eindeutig höchsten Etat und sammelt Regierungserfahrung. Seit 2013 bemüht sie sich, durch seriöse Sacharbeit und kommunikative Disziplin ihr Image zu verbessern. Innerparteilich ist sie – seit Juso-Zeiten – ohnehin besser vernetzt als kaum ein anderes SPD-Mitglied. Auch das bedeutet eine wichtige Grundlage für eine etwaige Kanzlerkandidatur. Schon heute beweist sie als Bundesarbeitsministerin immer wieder ihre besondere Durchsetzungsfähigkeit. Ein Scheitern der SPD-Kanzlerkandidatur 2017 würde den Kanzlerambitionen von Nahles 2021 eher nutzen als schaden.

Wie verzweifelt die SPD derzeit ist, unterstreichen innerparteiliche Debatten über eine Kanzlerkandidatur von Martin Schulz, den Präsidenten des Europa-Parlamentes. Zwar gehört Schulz wie etwa Franz Müntefering oder Wolfgang Bosbach zu den wenigen Politikern in Deutschland mit einer klaren Sprache, doch ist er in Deutschland zu unbekannt und in der Wahrnehmung der Mehrheit auch zu sehr mit dem Thema „Europa“ verbunden, um erfolgreich für das Amt des Kanzlers zu kandidieren.

## **ROT-ROT-GRÜN auf Bundesebene ist mittlerweile eine mögliche Konstellation.**

Letztlich wird der Instinktpolitiker Gabriel 2017 wohl antreten müssen. Das vor allem, um sein Amt als SPD-Chef zu behalten.

Daher arbeitet er in seinem Ministeramt daran, seine Wirtschaftskompetenz und die seiner Partei zu stärken. Deshalb kämpft er u. a. für das Freihandelsabkommen mit den USA, ebenfalls gegen heftige Widerstände in seiner Partei. Um Parteichef zu bleiben, wird er das SPD-Wahlergebnis von 2013 deutlich steigern müssen. Bislang hat auch Gabriel als Spitzenkandidat noch nie eine Wahl gewonnen. Gerade wegen der schwierigen Ausgangslage der SPD dürfte Gabriel innerparteilich bei seiner Kandidatur immerhin auf keine Mitbewerber stoßen. Insofern wird er, wie es derzeit aussieht, nicht antreten dürfen, sondern müssen.

### **Partner: Ohne Linke keine realistische Kanzler-Perspektive für die SPD**

Weiterhin gelten die Grünen als der bevorzugte Koalitionspartner der SPD, die mit der Ökopartei, aber auch der Linken sowohl kooperiert als auch konkurriert. Alle drei fischen teilweise im selben Teich. Weil es für Rot-Grün auf Bundesebene seit langer Zeit aber keine Mehrheiten gibt und weil die SPD ihrem Wählerpotenzial, anders als 2013, auch eine realistische Koalitionsperspektive anbieten muss, hat sie sich bereits Ende 2013 per Parteitagsbeschluss für die rot-rot-grüne Option geöffnet. Sie will vermeiden, vor der nächsten Bundestagswahl wieder nur einen Vize-Kanzlerkandidaten aufstellen zu können. Ohne die Linke wird die SPD, wie es heute aussieht, keinen Kanzler stellen können.

Als Modell auch für den Bund könnte die rot-rot-grüne Regierung in Thüringen fungieren. Um Rot-Rot-Grün auf Bundesebene forciert vorzubereiten, wird Ministerpräsident Bodo Ramelow als Regierungschef möglichst wenig Angriffsfläche bieten. Traditionell kann gerade die ostdeutsche Linke sehr diszipliniert sein, wenn es um höhere Ziele geht. Ramelow, der bundesweit erste Regierungschef der Linken, wird als erfahrener Politprofi den Ministerpräsidentenbonus vermutlich bestmöglich ausschöpfen. Gerade dann, wenn Rot-Rot-Grün in Thüringen skandalfrei funktionieren sollte, wächst die Wahrscheinlichkeit einer solchen Konstellation auch im Bund – so zumindest das bundespolitische Kalkül und die offenkundige Absprache von Gabriel, Gysi & Co. Das markierte einen Wendepunkt für die bundesdeutsche Parteienlandschaft.

Mit ihrer rot-rot-grünen Option dürfte die SPD freilich einen erheblichen Teil ihrer „Mitte-Wähler“ verschrecken. Die Öffnung für Rot-Rot-Grün ähnelt daher strategisch einem Sprung ins Dunkle. Den wagt die SPD aber gerade auch deshalb, weil sie keine dritte Große Koalition als Juniorpartner unter CDU / CSU-Führung in kurzer Zeit (seit 2005) will und weil sie fürchtet, die schwarz-grüne Koalition in Hessen könnte zum Modell auch für den Bund mutieren. Während CDU / CSU auf die schwarz-grüne Option setzen, weil Politik kein Wunschkonzert ist, weil viele Grüne die Kirche mittlerweile im Dorf lassen und weil die Unionsparteien in einer kleinen Koalition üblicherweise programmatisch und personell mehr durchsetzen können als in einer Großen Koalition, wollen die Grünen vermeiden, auf Bundesebene zur Nichtregierungsorganisation zu mutieren, wenn die SPD wieder abschmieren sollte.

Daher halten auch sie sich die schwarz-grüne Option offen. Sollte es CDU und der Ökopartei tatsächlich gelingen, auch auf Bundesebene eine schwarz-grüne Koalition zu bilden und darin wirtschaftliche, soziale und ökologische Sensibilität zu verbinden, könnten sie die SPD damit strategisch an die Wand und längerfristig in die Opposition drücken. Das ist der Alptraum der SPD. Strategisch kennzeichnet derzeit jedenfalls eine ausgeprägte Flexibilität die Grünen, den SPD-Wunschpartner. So koalitiert die Partei der wohl-situierten Postmaterialisten aktuell sowohl mit den Sozialdemokraten (sieben Bundesländer), der CDU (Hessen) als auch der Linken (Thüringen).

In einer 4-Parteienlandschaft ohne FDP und rechtspopulistische Parteien könnten CDU / CSU sogar eine eigene Mehrheit erreichen. Das insbesondere dann, wenn „bürgerliche“ SPD-Wähler wegen der rot-rot-grünen Option Gabriels verstärkt zu den Unionsparteien wechseln sollten. Bereits bei der jüngsten Bundestagswahl gelangten CDU / CSU in die Nähe einer eigenen Mehrheit. Wenn das 2017 (oder früher) gelänge, träfe das die SPD mitten ins Mark. Dann könnte die SPD, insbesondere unter den Bedingungen einer Vier-Parteienlandschaft, ihr Hauptziel verfehlen: Mit Grünen und Linken die Unionsparteien im Bund zu überholen, eine Anti-CDU / CSU-Koalition zu bilden und die Christdemokraten / Christsozialen längerfris-

tig in die Opposition zu drücken. Wenn es so weiter geht, könnte die SPD bundesweit noch tiefer rutschen. Für sie ist noch Luft nach oben, aber auch nach unten. Wie die SPD bei den kommenden Wahlen, etwa in Baden-Württemberg, abschneiden wird, wird gerade auch von ihrer Asylpolitik abhängen.

Letztlich bleibt die weitere Entwicklung der Sozialdemokraten freilich trotz aller Plausibilitäten ungewiss. Bereits Otto von Bismarck warnte: „Das lernt man in der Politik, dass man klug sein kann wie die Klugen dieser Welt und dennoch in die nächste Minute geht wie ein Kind ins Dunkle.“ ///



**/// DR. HARALD BERGSDORF**  
ist Politikwissenschaftler und Parteienforscher, Bonn.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Vgl. [http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News1\\_BTW\\_2013.pdf](http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News1_BTW_2013.pdf), Stand: 22.7.2015.
- <sup>2</sup> Ebd.
- <sup>3</sup> Vgl. [http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News1\\_Brem\\_2015\\_0518.pdf](http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News1_Brem_2015_0518.pdf), Stand: 22.7.2015.
- <sup>4</sup> Vgl. Petersen, Thomas: Zaghafte Schritte auf dem Weg zur „Willkommenskultur“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.5.2015, S. 10.
- <sup>5</sup> Ebd.
- <sup>6</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.7.2015, S. 17.
- <sup>7</sup> Vgl. Petersen: Willkommenskultur, S. 10.
- <sup>8</sup> Ebd.
- <sup>9</sup> Ebd.
- <sup>10</sup> Vgl. <http://www.bka.de/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2014>, Stand: 22.7.2015.
- <sup>11</sup> Vgl. [http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News1\\_Sach\\_2014.pdf](http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News1_Sach_2014.pdf), Stand: 22.7.2015.
- <sup>12</sup> Vgl. Petersen, Thomas: Schneller akzeptiert als gedacht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.7.2015, S. 10.

**Dagegen steht die Option einer  
SCHWARZ-GRÜNEN Koalition.**